Nummer 299 — Halle, Dienstag, den 17. Oktober 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 120.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 125.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 115.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Erscheinungsort Mark 8.00, im auswärtigen Verkehr Mark 10.00. Reklamen die Millimeter-Zeile kostet Mark 25.00 im Erscheinungsort und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Verbindung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22315. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats gültig.

Besatzungsverlängerung und Garantien.

Der neueste französische „Sanierungsplan" • • Die türkische Antwort an Lloyd George
Nachklang zu den Berliner Krawallen: „Freilassung der Gefangenen oder Generalstreik!"

Die Gegenvorschläge.

Paris, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In einem Artikel der heutigen „Information" wird ausgeführt, Frankreich würde die Vorschläge Bradburys unter folgenden Bedingungen annehmen können: 1. Während der Dauer der Zahlungsstundung laufen die Fristen der Rheinbesetzung nicht. 2. Bei Ausbleiben der deutschen Finanzreform erhält Frankreich das Recht, eine besondere Finanzorganisation mit eigenem Budget, einer Währung und einer Zollschranke am Rhein im besetzten Gebiet einzuführen. 3. Eine Reihe von deutsch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen soll Garantien dafür schaffen, daß Deutschland die von Frankreich übernommenen Schatzwechsel in französische Franken einlösen kann.

Im Kampfe gegen die Bradburyschen Vorschläge erscheint auch der „Temps" auf dem Schauplatz. Das offiziöse Blatt findet es zunächst merkwürdig, daß der englische Delegierte seine Vorschläge gerade jetzt einbringt. Deutschland habe kein Ansuchen dieser Art an die Kommission gerichtet. „Temps" spricht zwei Vermutungen aus: einmal glaubt er, daß Großbritannien mit dieser neuen Schonung Deutschlands nur einen Druck auf Frankreich und Italien ausüben wolle, um in der Orientfrage diese gefügiger zu machen. Die zweite Vermutung ist, daß die englische Regierung, erschreckt von dem Gedanken, sich mit allen ihren Schuldnern auf einmal auseinandersetzen, die Brüsseler Konferenz zu verhindern sucht. Wenn das nicht zutreffe, erklärt der „Temps", handelt es sich bei den Vorschlägen Bradburys nur um ein theoretisches Gespinst, das durch solche Erklärungen allein schon zerpflückt werden könne.

Russisch-französische Handelsbeziehungen.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der russische Handelsbevollmächtigte in Frankreich Stobelew schildert in der „Prawda" die Entwicklung des russisch-französischen Handels. Die Majorität des französischen Volkes sei für Herstellung normaler Beziehungen. Herriots Reise werde voraussichtlich letzter inoffizieller Fühler gewesen sein. Die französische Regierung werde nun ebenfalls ihre reservierte Haltung aufgeben. Der bisherige Handel habe hauptsächlich dem Austausch über das Schwarze Meer in Seide, Baumwolle, Naphtha umfaßt. Das erste Erscheinen des russischen Naphthas auf dem französischen Markt habe den Widerstand amerikanischer und englischer Naphthafirmen ausgelöst. Zur Zeit schweben Verhandlungen mit Asnett (Asserbeidjan-Naphtha-Company) und Krassin.

Die englische Krise.

Die lange vorher angekündigte große Rede Lloyd Georges in Manchester hat so ungefähr das Gegenteil von dem erreicht, was er damit zu erreichen hoffte. Der englische Premierminister erwartete von einer Verteidigung seiner Orientpolitik auch eine innerpolitische Beruhigung. Aber der Effekt ist der, daß seine Gründe nicht überzeugt haben und daß er infolgedessen nicht nur innerpolitisch, sondern auch in Frankreich Verstimmung geschaffen hat. So groß die rhetorische Leistung dieser Rede war, hat sie die zahlreichen Argumente der vielen Kritiker der Lloyd Georgeschen Politik auf beiden Seiten der sich auflösenden Koalition nicht zu widerlegen vermocht. Diese innerpolitische Krise hat letzten Endes eben doch tiefere Gründe, die kurz gesagt darin liegen, daß Lloyd George während des Krieges und nach dem Kriege zahlreiche Versprechungen gemacht hat, die unerfüllt geblieben sind, während sich gleichzeitig innen- und außenpolitisch immer neue Schwierigkeiten aufgetürmt haben. Dazu trat langsam noch eine persönliche Mißstimmung gegen den leitenden Staatsmann, die sich jetzt infolge der außerordentlich aggressiven Form seiner Rede in Manchester noch erhöht hat. Nimmt man zu all dem noch seine unglückliche Orientpolitik, so scheint es immer wahrscheinlicher, daß in der Tat baldige Neuwahlen nicht zu vermeiden sein werden. Aus dem unionistischen Lager kommt denn auch die parteioffiziöse Mitteilung, daß die Auflösung des Parlaments voraussichtlich noch in dieser Woche erfolgen werde und bereits mit dem 18. November als dem wahrscheinlichen Hauptwahltag gerechnet werden könne. Ob Lloyd George vorher noch zurücktreten wird, steht noch dahin.

Wie die parteipolitische Situation sich gestalten wird, ist schwer vorauszusagen. Die Konservativen, die stärkste Fraktion im Parlament, werden Lloyd George wahrscheinlich die Gefolgschaft versagen. Die Unabhängigen Liberalen unter Asquith und Grey bekämpfen die sogenannten Koalitionsliberalen. Die Arbeiterpartei schließlich erhofft sich von Neuwahlen ein starkes Anwachsen ihrer Mandatszahl. So ist damit zu rechnen, daß jetzt jene Koalition zu Fall kommt, die ihr Dasein den Khakiwahlen im Dezember 1918 verdankt.

Ein deutschdemokratischer Preußentag.

Die Deutsche Demokratische Fraktion des Preußischen Landtages veranstaltet einen Preußentag, der am 28. und 29. Oktober in Magdeburg im Börsensaal der Handelskammer, Alter Markt 5/6, stattfinden soll. Die Fraktion legt Wert darauf, vor der Verabschiedung der großen Gesetze, die in diesem Winter im Preußischen Landtag zur Verhandlung stehen, mit den Vertretern der preußischen Wahlkreise zusammenzukommen und sich über die Stellungnahme der Fraktion zu diesen Gesetzentwürfen mit den Delegierten auseinanderzusetzen. Minister a. D. Oeser, der erste Vorsitzende der Fraktion, wird die Begrüßungsansprache halten und dabei einen Bericht über die Tätigkeit der Fraktion erstatten. Es sind dann für die Tagesordnung die folgenden Punkte vorgesehen: 1. Die neue Kreis-, Städte- und Landgemeindeordnung. 2. Die Kommunalfinanzen. 3. Die Neuregelung der Lehrerbildung. 4. Die neue preußische Kirchenverfassung.

Kemals Antwort an Lloyd George.

Paris, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der Gesandte der Regierung von Angora in Paris veröffentlicht im „Temps" eine Antwort auf die Rede Lloyd Georges, worin er in der Hauptsache ausführt: Die Rede Lloyd Georges enthält eine Reihe von Irrtümern und Anschuldigungen. Die Anschuldigung Lloyd Georges, die Türken hätten eineinhalb Millionen Armenier niedergemetzelt, könne schon deswegen nicht aufrechterhalten werden, weil in Kleinasien nach authentischen Aufzeichnungen überhaupt nur etwa 1 100 000 Armenier leben. Armenier sind von den Türken während des Krieges überhaupt nur in offener Feldschlacht getötet worden, weil sie sich zu einer Zeit gegen die Türken erhoben hatten, als das Land gleichzeitig von Rußland angegriffen wurde. Was die angebliche Niedermetzelung von 500 000 Griechen anbelange, so handle es sich um eine völlige Umkehrung der Wahrheit. Tatsächlich sind hunderte von türkischen Dörfern von den Griechen eingeäschert worden, und über die Zahl der von den Griechen niedergemetzelten türkischen Zivilbewohner wird die Regierung demnächst eine Statistik veröffentlichen. Die Anschuldigungen Lloyd Georges müßten als heuchlerisches Manöver bezeichnet werden.

*

London, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In politischen Kreisen erklärt man, die englische Regierung habe vorgeschlagen, die Orientkonferenz am 15. Dezember entweder in Genf oder in Lausanne zusammentreten zu lassen. Am Sonntag morgen sind neun alliierte Kommissionen nach Konstantinopel abgereist, um die Räumung Thraziens zu überwachen. Die alliierten und die türkischen Delegierten hatten am Sonntag die erste Besprechung über die Abgrenzung der neutralen Zone. Nach einer Reutermeldung tauchen wieder Meldungen über den Tod Enver Paschas auf. In Kabul wurde durch ein Dekret der 2. September als Trauertag für Enver Pascha festgesetzt.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag suchten die Parteiführer den Reichskanzler auf dessen Einladung hin in der Reichskanzlei zu einer Besprechung auf. Vertreten waren die Koalitionsparteien und die Deutsche Volkspartei. Gegenstand der Besprechungen war die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten. Die Deutsche Volkspartei erneuerte ihren Wunsch auf Verschiebung der Wahl auf das Jahr 1924. Die sozialdemokratischen Vertreter waren mit diesem Vorschlage einverstanden, doch nur unter der Voraussetzung, daß die amtliche Dauer der Reichspräsidentschaft auf die gesetzmäßige Frist erstreckt werde. Das würde bedeuten, daß der Reichspräsident, der im Jahre 1919 von der Nationalversammlung in Weimar gewählt wurde, bis zum Jahre 1926, also sieben Jahre in seinem Amte zu bleiben hätte. Wie wir hören, ist der Auswärtige Ausschuß des Reichstages für heute nachmittag zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage einberufen worden.

Chilesalpeter und Umlagepreis.

Die preußische Regierung hat beim Reichsrat beantragt, die als notwendig anerkannte Erhöhung des Umlagegetreidepreises in Form von Chilesalpeter auszuzahlen. Da die Inlandserzeugung von Stickstoffdünger bereits restlos von der Landwirtschaft abgenommen wird, soll Chilesalpeter aus dem Auslande eingeführt werden. Nach Meinung der preußischen Regierung kann dadurch schon die 1923er Ernte um 3 bis 4 Millionen Tonnen erhöht werden.

Der Prozeß Anspach.

Zurückweisung an das Berliner Landgericht.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der Fall Anspach, der vor einigen Monaten die Oeffentlichkeit beschäftigte, wird in den kommenden Monaten nun doch die Berliner Gerichte beschäftigen. Die gegen Anspach erhobene Anklage unterliegt schon längere Zeit der Prüfung des Reichsgerichts in Leipzig, da ursprünglich Landesverrat angenommen worden war. Die Voruntersuchung hat jedoch ergeben, daß Anspach Landesverrat im Sinne des Gesetzes nicht begangen hat.

Heutiger Stand des Dollars 2850!

Der blutige Sonntag.

Unterlassungen der Polizei. — „Rechtsputsch im kommenden März." — Generalstreikdrohung der Kommunisten.

Je tiefer man in die Vorgänge vom vergangenen Sonntag Einblick erhält, um so mehr festigt sich die Ueberzeugung, daß einen großen Teil der Verantwortung für die blutigen Krawalle die Polizei trifft. Die „Rote Fahne", das Organ der Kommunisten, hatte Tage vorher schon auf die Kundgebung, die am Sonntag im Zirkus Busch vom Bund für Freiheit und Ordnung stattfinden solle, hingewiesen. Sie hatte mit allen Mitteln gehetzt, indem sie ihren Anhängern immer wieder einredete, es handle sich um den Aufmarsch der Berliner „Orgesch". Den müsse man auf jeden Fall verhindern. Und da ja genügend Erfahrungen vorliegen, mit welchen Mitteln die Kommunisten bei solchen Gelegenheiten arbeiten, mußte die Polizei wissen, daß hier die Gefahr schwerer Zusammenstöße bestand. Das sozialistische Parteiorgan, der „Vorwärts", hatte die Polizei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, indem er folgendes schrieb:

„Ein „deutschvölkischer Geselligkeitsverein" hat seine Mitglieder für heute 10 Uhr früh nach dem Zirkus Busch eingeladen. Da in der Einladung über den schlechten Besuch sonstiger Veranstaltungen herzbrechend geklagt und ersucht wird — offenbar zur besseren Raumfüllung — auch Frauen mitzubringen, da ferner dem Vorstand dieser seltsamen Gesellschaft auch der Zentrumsabgeordnete Pfeifer und der Demokrat Kopsch angehören, kann man nicht annehmen, daß die Versammlung besondere staatsgefährliche Pläne verfolgt. Die „Rote Fahne" hält dennoch an der Annahme fest, daß es sich um einen „bewaffneten Aufmarsch der Orgesch" handle und publiziert einen Beschluß der kommunistischen Funktionäre, die Versammlung gewaltsam zu stören. Zur Teilnahme an diesem Unternehmen werden von der „Roten Fahne" auch die sozialdemokratischen Arbeiter eingeladen. Ob der „Deutschvölkische Geselligkeitsverein" zu den Organisationen gehört, die nach dem Gesetz zum Schutze der Republik aufgelöst zu werden verdienen, ist eine besondere Frage. Beweise dafür, daß dem so sei, hat die „Rote Fahne" bisher nicht erbracht; werden sie erbracht, so sind wir bereit, für ihre Auflösung und für ein Verbot ihrer Veranstaltungen einzutreten. Da ein solches Verbot nicht erfolgt ist, hat der mit Recht oder Unrecht verdächtigte Verein einstweilen das Recht, Versammlungen abzuhalten. Die Behörden kündigen Maßnahmen an, um die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit zu schützen. Sonach ist heute beim Zirkus Busch eine solenne Keilerei, wenn nicht Schlimmeres, zu erwarten, bei der sich diejenigen, die dem Ruf der KPD. folgen, formell und gesetzlich ins Unrecht setzen werden. Das Gescheiteste wäre, wenn auch die Anhänger der KPD. zu Hause blieben und es den „Funktionären" überließen, für ihren törichten Beschluß ihre Haut zu Markte zu tragen. Daß Sozialdemokraten bei der Geschichte nichts zu tun haben, versteht sich von selbst."

Trotz dieser Warnung hielt es die Polizeiverwaltung für ausreichend, mit ganzen 6 Mann zur Stelle zu sein. Die paar Beamten waren natürlich schnell überrannt. Was die Veranstaltung selbst anlangt, so gehen die Meinungen darüber stark auseinander. Auffallend ist die Stellung der der Deutschen Volkspartei nahestehenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Das Blatt vertritt die Auffassung, daß die Versammlung von der Polizei hätte aufgelöst werden müssen. Die Einladung dazu sei vom „Landesverband Groß-Berlin des Nationalverbandes Deutscher Soldaten" ausgegangen. Das wäre allerdings arg, wenn sich der sogenannte „Bund für Freiheit und Ordnung" letzten Endes als jene Organisation Nationalverband Deutscher Soldaten" entpuppte, die aufgelöst wurde, weil sie in den bedenklichsten Beziehungen zu den Rathenaumördern stand. Tatsächlich sind in der Versammlung Reden gehalten worden, die ein trauriges Bild von der Gesinnungsverfassung der dortigen Führer geben. „Schlagt die Juden tot!" hallte wiederholt durch den Saal. Und auf den soeben zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Werner Techow wurden Hochrufe ausgebracht! Das Tollste leistete sich allerdings der deutschvölkische Pfarrer Wangemann, einer der Festredner, der da sagte, über Deutschland lagere eine Stickluft, die nur von den Juden herrühre, aber der Rechtsputsch im kommenden März — so berichtet wieder die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" über den Vortrag — werde aus den sogenannten Novemberdemokraten schnell wieder Monarchisten machen. Also es ist wirklich dort hanebüchen hergegangen, trotz des Schutzgesetzes für die Republik. Man wird sich die einzelnen Festredner, die in ihrer fanatischen Verhetzung in dieser Weise entgleisten, noch näher ansehen müssen. Denn schließlich darf das Schutzgesetz nicht als Popanz behandelt werden. Aber das alles kann nicht im mindesten die Kommunisten entschuldigen. Es geht selbstverständlich nicht an, daß aufgeputschter Straßenpöbel sich zum Richter über öffentliche Veranstaltungen macht und nun in unserem Rechtsstaat mit Schlagring und Gummiknüppel auf den politischen Gegner losfährt. Und vollends verdient es schärfste Ahndung, wenn ein solcher Ueberfall ganz kaltblütig organisiert und von langer Hand systematisch vorbereitet ist. Dieser Fall liegt hier vor. Man hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221017014/fragment/page=0001

die Leute aus den Mylen für Obdachlose herausgeholt und sie durch Geldspenden zur Teilnahme an dem Putsch verleitet. Ganz Kandalös waren auch die Ueberfälle auf die Studentenverbindungen, die zur Rektoratsübergabe führen und mit jener Veranstaltung natürlich nicht das Mindeste zu tun hatten. Etwas Verschmähliches hatte es an sich, daß die Angreifer bei den Zusammenstößen die schwersten Prügel bezogen haben. Die Zahl der verwundeten Kommunisten ist weit höher wie die Zahl der Verletzten auf der Gegenseite. Wie erbittert die Kämpfe gewesen sind, zeigt die Tatsache, daß außer zwei Toten weit über hundert Schwerverletzte aufgehoben worden sind, die Leichtverletzten nicht zu zählen.

Gewiß hat die Polizei sofort, nachdem die Krawalle schwere Opfer gefordert hatten, mit fieberhaftem Eifer Nachforschungen nach den Rädelsführern eingeleitet. Sie hat auch etwa 50 Personen verhaftet, und sie hat ferner die ungewöhnlich hohe Belohnung von 500 000 Mark für Feststellung der geistigen Urheber des Putsches ausgesetzt, aber das wäscht sie nicht von der Schuld frei, daß sie unterlassen hat, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Die Kommunisten ihrerseits glauben, die Situation für sich noch ausnützen zu können, indem sie die frechsten Lügen über die Vorgänge verbreiten. Nach ihren Publikationen sind sie die Angegriffenen gewesen. Und nur die Wut der Polizeioffiziere, die nach Proletarierblut dürsten, habe den Kampf entbrennen lassen. In öffentlichen Versammlungen suchten sie gestern solche Märchen ihren Anhängern aufzuhängen. Dann formulierten sie entrüstungstrotzende Resolutionen, in denen sie die sofortige Freigabe der Gefangenen verlangten, andernfalls Generalstreik! Die Berliner Arbeiterschaft wird sich bedanken, der Parole der verantwortungslosen Radaubrüder zu folgen. Alle ordnungliebenden Elemente sehen aber aus den Vorgängen, welche Schrecknisse uns im kommenden Winter bevorstehen, wenn nicht hier ein Beispiel aufgerichtet und gegen den kommunistischen Pöbel mit fester, schonungsloser Hand zugegriffen wird.

*

Neue Verhaftungen.

Beratungen im Ministerium des Innern.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Nachforschungen der politischen Polizei im Berliner Polizeipräsidium, die gleich nach Bekanntwerden der ersten Zusammenstöße eingeleitet wurden, haben zur Verhaftung von 30 Personen geführt, die in dem dringenden Verdacht stehen, Rädelsführer und verantwortliche Leiter der gestrigen Zusammenstöße zu sein. In der Nacht wurden weitere 20 Personen, Leiter der kommunistischen Funktionärversammlungen, in denen der Beschluß zur Störung der Demonstration gefaßt worden war, festgenommen.

Zu Dienstag abend war eine öffentliche kommunistische Versammlung nach Kliems Sälen, Hasenheide, einberufen, um gegen die angeblichen Schandtaten der Reaktion und gegen die Schupooffiziere zu protestieren. In zwei Sälen erklärten kommunistische Sprecher, daß am Zirkus Busch die Kommunisten der bewaffneten Orgesch überfallen worden seien. Sie hätten sich in der Verteidigung befunden. In einer der beiden Versammlungen führte der Hauptsprecher aus, er bedaure den blutigen Zusammenstoß am Sonntag nicht. Es sei deshalb beschlossen worden, daß heute vormittag die Betriebsräte sämtlicher Großberliner Betriebe um 10 Uhr den Polizeipräsidenten Richter im Polizeipräsidium zu besuchen hätten mit der Forderung, sämtliche Verhafteten sofort freizulassen. Werde dem Verlangen nicht Folge gegeben, wären am Mittwoch sämtliche Betriebe stillzulegen. Diese Mitteilungen wurden stürmisch begrüßt.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Nachforschungen nach den Drahtziehern, die als Rädelsführer an den schweren Ausschreitungen am Zirkus Busch in Frage kommen, haben so viel Material ergeben, daß die Verhaftung einer Reihe führender Kommunisten erfolgen konnte. Umfangreiche Haussuchungen sind im Laufe des gestrigen Tages vorgenommen worden. Auch in der Redaktion der „Roten Fahne" hat die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums eine Haussuchung in den Arbeitsräumen vornehmen lassen. Im Café Bellevue auf dem Potsdamer Platz wurden gestern abend 4 Mitglieder der Redaktion, die sich dort zu einer Beratung zusammengefunden hatten, verhaftet. Es sind dies Heinrich Sueskind-Salvin, Worowski, zwei Russen, sowie Dr. Thalheimer, sowie der bekannte Kommunistenführer Brandler. In ihrer Gesellschaft befand sich noch ein anderer als einer der eifrigsten Agitatoren bekannter Kommunist namens Sievert, der gleichfalls verhaftet wurde. — Im preußischen Ministerium des Innern fand heute vormittag unter dem Vorsitz des im Laufe der Nacht nach Berlin zurückgekehrten preußischen Ministers des Innern Severing eine Konferenz statt, in der die Vorfälle des Sonntags und das bisherige Ergebnis der Besprechung zur Verhandlungen stehen werden.

Industrie und Devisenordnung.

Berlin, 17. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in einer Eingabe an den Reichskanzler seine Stellungnahme zur Devisenverordnung u. a. wie folgt niedergelegt: Der Reichsverband der Deutschen Industrie spricht der Reichsregierung das stärkste Bedauern darüber aus, daß sowohl die Devisenverordnung wie die Ausführungsbestimmungen zu ihr ohne Anhörung industrieller Sachverständiger erlassen worden sind. Die schwerwiegenden grundsätzlichen Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung der in Frage kommenden Materie hält der Reichsverband der Deutschen Industrie in vollem Umfange aufrecht. Er kann nicht lebhaft genug bedauern, daß die erfolgte gesetzliche Regelung, welche die Spuren der überstürzten Ausarbeitung ohne weiteres erkennen läßt, dazu eine Form gefunden hat, die die notwendigsten Erfordernisse der praktischen Wirtschaft gänzlich unbeachtet läßt und die in einer ganzen Anzahl von Industrien sogar eine Vergrößerung der Devisenumsätze zur Folge haben wird. Der Reichsverband der Deutschen Industrie muß daher an die Reichsregierung das dringende Ersuchen richten, vor Inkrafttreten eines endgültigen Gesetzes zur Bekämpfung der Devisenspekulation durch ihn die industriellen Sachverständigen über die Wirkung einer derartigen Regelung gutachtlich zu hören, und zwar umgehend, da infolge der in vielen Punkten gänzlich unklaren Fassung der Verordnung selbst wie der Ausführungsbestimmungen eine Unsicherheit in das Wirtschaftsleben und insbesondere in die Abwicklung in- und ausländischer Geschäfte hineingetragen wird, die schwere wirtschaftliche Erschütterungen zur Folge haben muß und vielfach deutsche Unternehmungen zugunsten ausländischer Firmen ausschaltet. Die Industrie muß namentlich darauf bestehen, daß laufende Geschäfte unbeschadet der Vorschriften der Verordnung unter gleichen Bedingungen regulirt werden können, unter denen sie abgeschlossen wurden; ferner muß, ohne hier weitere Einzelforderungen zu erheben, die Zahlung in Auslandswährung an Importeure und importierende Fabrikanten auf Grund der Bestimmungen des § 14 der Verordnung gestattet werden.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Die dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände angeschlossenen Verbände, die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte organisieren, haben sich zum „Ring Deutscher Beamtenverbände" mit dem Sitz in Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23 zusammengeschlossen. Die wesentlichsten Aufgaben des Beamtenringes sollen sein: 1. Den Zusammenschluß aller Beamtenorganisationen, die auf dem Boden parteipolitischer und religiöser Neutralität stehen, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit im Gewerkschaftsring herbeizuführen, 2. für die unbedingte Erhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzutreten, 3. die Beamteninteressen auf wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem und rechtlichem Gebiet zu fördern und zu vertreten.

Stiftung eines Kolonialabzeichens. Von der Kolonialzentralverwaltung des Reichsministeriums für Wiederaufbau ist, um die Erinnerungen an die Leistungen Deutschlands auf kolonialem Gebiet im deutschen Volk wachzuhalten, ein „Kolonialabzeichen" geschaffen worden. Das Abzeichen kann auf Antrag allen Kolonialdeutschen verliehen werden, die während des Weltkrieges in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten im Interesse der Schutzgebiete tätig gewesen sind. Es rechnet im Sinne der Anzugbestimmungen für das Heer bei Heeresangehörigen zu den besonderen Waffenabzeichen, die im Dienst getragen werden dürfen. Die Tragemeise ist auf der linken Brust. In den Gesuchen um Erlaubnis zum Erwerb des Kolonialabzeichens ist anzugeben, in welcher Kolonie sich der Antragsteller während des Weltkrieges aufgehalten hat, von wann bis wann und in welcher Eigenschaft er dort tätig gewesen ist, bzw. in welcher Beziehung er sich im Interesse der Kolonien betätigt hat.

Das Deutschlandlied als Nationalhymne. Nachdem der Reichspräsident kürzlich verfügt hatte, daß das Deutschlandlied von der Reichswehr in Zukunft als Nationalhymne zu betrachten sei, hat der Reichswehrminister nunmehr die nötigen Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung des Herrn Reichspräsidenten erlassen. Danach wird die Nationalhymne in der Reichswehr gespielt: a) bei einer Paradeaufstellung, deren Front der Reichspräsident abschreitet. Eine Aenderung Hierin tritt nur bei Anwesenheit des Staatsoberhauptes eines anderen Landes ein; b) bei Gestellung von Ehrenkompagnien usw., jedoch nur auf besonderen Befehl der betreffenden Kommandostelle, die die Gestellung der Ehrenkompagnie angeordnet hat; c) an Bord von Schiffen der Reichsmarine, entsprechend den besonderen in den Bestimmungen für den Dienst an Bord und in der Flaggen-, Salut- und Besuchsordnung für die Reichsmarine hierfür erlassenen Anordnungen; d) bei festlichen Veranstaltungen dienstlicher oder außerdienstlichen Charakters und zwar nach dem Hoch auf das Deutsche Reich. Sobald sich der Reichspräsident dem rechten Flügel der in Parade stehenden Truppe nähert, schlagen Spielleute und Musikkorps zunächst den Präsidentenmarsch, bei der Marine den holländischen Ehrenmarsch, die Trompeterkorps spielen die Paradepost und gehen dann, sobald der Reichspräsident die Spielleute der Truppe erreicht hat, in die Nationalhymne über.

Rückgang der französischen Kommunistenpartei. In Paris hat der französische Kommunistenkongreß begonnen. Es wurde auf ihm festgestellt, daß die Mitgliederzahl der Partei, die im vorigen Jahr etwa 372 000 betrug, um 50 000 zurückgegangen ist und daß das offizielle Parteiblatt kein Erscheinen einstellen muß. Der Parteitag wird heftige Kämpfe zwischen den unbedingten Anhängern Moskaus und denjenigen bringen, die der französischen Partei eine gewisse Selbständigkeit wahren wollen.

Ein Nachspiel zu den Berliner Märzunruhen. Zwei ehemalige Offiziere des Freikorps Lüttow, Siegmund Czekalla aus Erfurt und Wilhelm v. Oertzen aus Berlin, hatten sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin unter der Anklage des Totschlags zu verantworten. Der Anklage liegt die Erschießung zweier Bewohner der Holzmarktstraße, des Händlers Abrahamson und des Klempnermeisters Waldmann, zugrunde, die auf Befehl des Leutnants Szekalla, der zu dem Detachement des Rittmeisters v. Oertzen gehörte, am 13. März vorgenommen wurde, weil bei den genannten Personen Waffen gefunden wurden. Beide Angeklagte berufen sich zur Rechtfertigung ihrer Handlungsweise auf die Schießerlasse Noskes und der Garde-Schützen-Division. Auf Antrag des Staatsanwalts wurden beide Angeklagte freigesprochen.

Einführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten. In Gegenwart der Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht fand gestern die feierliche Einführung des neu ernannten Präsidenten des Reichsgerichts, Reichsminister a. D. Dr. Simons durch den Reichspräsidenten Ebert im Beisein des Reichsjustizministers statt.

Hallischer Witterungsbericht.

	16. Oktober 9 Uhr abends	17. Oktober 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	755.5	755.1
Thermometer Celsius	8.4	2.8
Rel. Feuchtigkeit %	81%	98%
Wind	N 1	N 2

Maximum der Temperatur am 16. Oktober 10.9 C.
Minimum in der Nacht vom 16. Oktbr. zum 17. Oktbr. 1.0 C.
Niederschläge am 17. Oktober 7 Uhr morgens 0.0 mm.

Der Psychiaterkongreß in Halle.

Die diesjährige Tagung der deutschen Nervenärzte — 12. Jahresversammlung der Gesellschaft der deutschen Nervenärzte — fand dieser Tage in den Räumen der Universität Halle statt. Trotz des Naturforschertages in Leipzig, der erst einige Wochen zurückliegt, war die Versammlung außerordentlich zahlreich besucht. Neben Psychiatern aus allen Teilen des deutschen Reiches waren Professoren aus dem Ausland in stattlicher Menge erschienen. Aus Halle wohnten der Tagung u. a. bei: Der Kurator der Universität Geh. Meyer, der Rektor der Universität Geh. v. Dobschütz als Vertreter des Oberbürgermeisters Prof. v. Drigalski, der Dekan der medizinischen Fakultät Prof. Stieve und der Ordinarius für Nervenheilkunde Geh. Anton.

Der Kongreß begann mit eingehenden Referaten über die Lokalisation der Gehirnstörungen und Gehirnfunktion von Prof. Förster-Breslau und Prof. Goldstein-Frankfurt a. M. Die Lokalisation der Gehirnstörungen hat im Kriege ihren großen Heilwert erwiesen; in bezug auf die Gehirnpathologie ist die Wissenschaft im Laufe der letzten Jahre außerordentlich weit vorwärts gekommen, einen großen Anteil an diesen Fortschritten darf sich die deutsche Arbeit zuschreiben. Das intensive Studium der Gehirnentwicklung hat gezeigt, wie vielgestaltige örtliche Differenzierungen im Gehirnbau vorhanden sind. Die feinere Lokalisation der Bewegungsstörungen wurde auf der Tagung eingehend erörtert, besonders im Referat von Prof. Förster. Die Ausführungen der Referenten wurden durch Projektionsbilder unterstützt. Die Reihe der angekündigten 30 Vorträge mußte aus Zeitmangel gekürzt werden. Das, was auf dem Kongreß geboten wurde, war trotzdem so reichhaltig und voll von positiven Tatsachen, daß allgemein der Ueberzeugung Ausdruck verliehen wurde, daß trotz der Not der Zeit die ideale Arbeitsfreudigkeit unter den Gelehrten Deutschlands noch genau so rege ist wie früher. Von den Vorträgen und den Ergebnissen der Tagung dürfte in der Oeffentlichkeit am meisten interessieren das Thema: Die Illustration der örtlichen Wirkung einzelner Gifte auf das Zentralnervensystem z. B. bei Lebererkrankungen. Das Thema ist besonders bedeutsam angesichts der jetzt umlaufenden unseimlichen epidemischen Gehirnentzündung, welche Europa heimsucht — von Hamburg bis nach Italien — und in Deutschland viele Opfer fordert. Interessant waren die Mitteilungen über die Wirkungen der Luftinteibungen in den Rückenmarkskanal bis in die Gehirnhöhle, welche unsere Erkenntnis und Diagnose sehr schätzbar erweitern. Das Röntgenbild illustriert die Stellen, wo sich im Gehirn Luft ansammeln kann.

Prof. Anton-Halle zeigte an durchsichtigen Abschnitten, wie weitgehend das Gehirn selbst Ersatz und Hilfe leisten kann bei Erkrankungen einzelner Teile, besonders des Kleinhirns. Auch über neuere Heilbehandlungen, z. B. der Migräne, der Vorbeugung des Scherzverschwindens, kam es zur eingehenden Aussprache. Eingehe Referate betrafen die schönen Fortschritte der operativen Regulierung des Gehirndrucks. Prof. Völker führte eine solche Operation (Entlastung des Gehirns vom Genick aus) den versammelten Aerzten vor. Prof. Goldstein demonstrierte auf kinematographischem Wege den Einfluß des Ohrlabyrinths auf die Bewegungen an Hand seiner Untersuchungsergebnisse. Mit Absicht hat die Kongreßleitung auch die Pflegerschaft und die Beiziebsräte der Kliniken zu den Verhandlungen zugelassen.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr wird die Operette „Polenblut" zum ersten Male wiederholt. Die Neueinstudierung von Richard Wagners „Der fliegende Holländer" geht am Mittwoch 7½ Uhr unter Spielleitung von August Roesler und unter musikalischer Leitung von Oskar Braun in Szene. Beschäftigt sind Poldy Zusta, Henriette Boehmer, Cornelius Bard, Hans Waldburg, Heinrich Tessner, Fritz Kerzmann. Donnerstag G. Hauptmanns „Die versunkene Glocke" in neuer Einstudierung. Freitag „Polenblut", Sonnabend „Eugen Onegin", Sonntag abends 7½ Uhr „Lohengrin".

Freie Volksbühne Halle. Spielzage: Mittwoch, den 18., abends 7½ Uhr „Der fliegende Holländer" (G). — „Die versunkene Glocke", A: Donnerstag, den 19., B: Moniag, den 23., N: Mittwoch, den 25., C: Donnerstag, den 26. Oktober.

Das Davisson-Streichquartett (Leipzig), Amalie Methner, Gesang (Halle) und Otto Volkmann, Klavier (Magdeburg) haben kürzlich mit einem Kammermusikabend in Magdeburg bei Publikum und Presse größten Beifall gefunden und sich daher zu dem bereits angekündigten Kammermusik-Zyklus auch in Halle entschlossen. Das erste Konzert ist am 18. November.

Neuzeitliche Handschriftendeutung. Am 21. Oktober findet im Thaliasaal ein Lichtbildervortrag über die moderne Graphologie statt. Der Vortrag gründet sich auf das durch den bekannten Wilhelm Langenbruch aufgebaute und erprobte System. Der Wert der Vortragsabende, graphologisch denken und urteilen zu können, ist der beste Selbstschutz im Kampfe gegen unwürdige Charaktere.

Andreas Weißgerber, der junge Geiger, hat für sein am 17. Oktober stattfindendes Konzert ein bedeutsames Programm aufgestellt, dessen Wiedergabe die größten musikalischen Eigenschaften voraussetzt.

Drittes Sinfonie-Konzert.

Halle, den 16. Oktober.

Die Böcklin-Suite stammt aus Regers später Zeit. Hier bekannte Gemälde werden zum Ausgangspunkt instrumentaler Tonbilder. Im gewissen Sinne also Programmmusik. Jedoch nicht als musikalische Auslegung eines in Einzelheiten aufgehenden Programms — etwa wie Berlioz' Phantastique oder Strauß' Alpensinfonie —, sondern im Sinne einer nur das Wesentliche herausstellenden Stimmungsmalerei. Daß es dem Komponisten in der Tat nicht auf peinlich genaue musikalische Illustration ankam, könnte an jedem einzelnen Bilde gezeigt werden. Sonst müßten in der „Toteninsel" die leidenschaftlichen Akzente inmitten der feierlich erhabenen, zum Teil mystischen Stimmung beglaziert erscheinen. Eine Fülle von Wohlklang ist über das Ganze ausgegossen, eine Wärme der Farbengebung erreicht, wie sie die Böcklinschen Originale aufweisen. Man merkt, daß Reger nicht umsonst praktische Studien am Meininger Orchester getrieben hat. Die Burleske „Im Spiel der Wellen" ist echter Reger. Als Bacchantien freilich kann man sich ihn am wenigsten vorstellen, dazu fehlt ihm die reizbare Sinnlichkeit Wagners, und so ist sein „Bacchanale" nicht unbedingt überzeugend, wenn es auch ein glänzend gemachtes Orchesterstück ist. Im „geigenden Eremiten", der etwas langatmig ausgefallen ist, spielte Joh. Versteeg das Violinsolo mit Geschmack und Empfindung.

Das Doppelkonzert für Violine und Cello hört man seltener als die andern Konzertwerke von Brahms. Es hat auch wenig Aussicht auf Volkstümlichkeit. Immerhin besitzt es den Vorzug gedrängter Fassung. Seine Ausdehnung steht nicht im Mißverhältnis zur Gedankeninhalt. Einige Stellen klingen für Brahms recht gut, aber im Ganzen herrscht doch ein trübes Grau, das zu der im Grunde heiteren Haltung des Werkes nicht recht passen will. Walter Davisson und Prof. Julius Klenge meisterten ihre anspruchsvollen Solopartien technisch hervorragend und bekundeten sicheres Stilgefühl in der energischen und besonders in der Violine rhythmisch scharf akzentuierten Art des Vortrags. Mit nicht geringerer Auszeichnung ist die Leistung Hans Stiebers zu nennen, der an der Spitze des Stadttheaterorchesters mit unbedingter Zuverlässigkeit begleitete. Mit der Böcklin-Suite sicherte er sich dank der klar disponierten und farbenprächtigen Wiedergabe einen starken und verdienten Erfolg. In der Darstellung von Beethovens zweiter Sinfonie hingegen vermißte man jenes Fluidum, durch welches sich der Dirigent dem Orchester und durch dies dem Publikum mit unwiderstehlich zwingender Kraft mitteilt.

Dr. H. Kleemann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221017014/fragment/page=0002